

I.18

Jugendliche als Verbraucher

Verbraucherschutz online – AGB und Fernabsatzverträge

Nach einer Idee von Tobias Maier



© martin-dm / E+

Mit dieser Unterrichtseinheit vermitteln Sie Ihren Schülerinnen und Schüler kompakte Informationen zum Thema „Online-Handel und Verbraucherschutz“. Im Einzelnen setzen sich die Lernenden mit den rechtlichen Grundlagen des Verbraucherschutzes, den AGB und den Rechten und Pflichten bei einem Fernabsatzvertrag auseinander. Anhand von Gesetzestexten und Rechtsfällen erarbeiten und prüfen sie ihr Wissen.

KOMPETENZPROFIL

Klassenstufe:	ab Klasse 10
Dauer:	ca. 4–5 Unterrichtsstunden
Kompetenzen:	Erklären wichtiger gesetzlicher Regelungen bei AGB und Fernabsatzverträgen, Beurteilen der rechtlichen Wirksamkeit von Klauseln in AGB und Fernabsatzverträgen, Lösen von Rechtsfällen, Verständnis, Auswertung und Anwendung von Gesetzestexten
Thematische Bereiche:	Wirtschaftsrecht, Verbraucherschutz, AGB, Fernabsatzverträge
Medien:	Arbeitsblätter, Bilder, Gesetzestexte, Schaubilder, Texte, Internet

Auf einen Blick

1./2. Stunde

Thema: Allgemeine Geschäftsbedingungen (Gruppenarbeit)

M 1 Allgemeine Geschäftsbedingungen – Eine Gruppenarbeit

M 2 Was versteht man unter AGB? – Eine Übersicht

M 3 Gruppenarbeit zum Widerrufsrecht

M 4 Fallbeispiele zu den AGB – Sie beurteilen!

ZM 1 Auszug aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch

Kompetenzen: Die Lernenden aktivieren zunächst ihr Vorwissen zum Thema. Sie lernen wichtige Regelungen und Klauseln der AGB kennen. Anschließend beurteilen sie die AGB eines fiktiven Online-Händlers und wenden ihr neues Wissen in verschiedenen Fallbeispielen an.

Benötigt: Vorlagen, ggf. Internetzugang

3./4. Stunde

Thema: Fernabsatzverträge (Gruppenarbeit)

M 5 Der Fernabsatzvertrag – Eine Gruppenarbeit

M6a–M6e Fernabsatzvertrag – Aufgaben für die Gruppen 1–5

M 7 Fernabsatzvertrag – Eine Übersicht

M 8 Fallbeispiele zum Fernabsatzvertrag – Sie prüfen!

Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler lernen die rechtlichen Regelungen beim Abschluss von Fernabsatzverträgen kennen. Sie lösen einfache und komplexere Rechtsfälle, tragen einen Überblick in Gruppenarbeit zusammen und beurteilen Fallbeispiele.

Benötigt: Vorlagen, ggf. Internetzugang

Hinweise und Erwartungshorizonte



M 2 Was versteht man unter AGB? – Eine Übersicht

Aufgabe

Füllen Sie das Arbeitsblatt mithilfe der Paragraphen 288, 305–309, 433 und 439 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) aus.

1. Was sind AGB? (§ 305 (1) BGB)

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sind alle für eine Vielzahl von Verträgen _____
_____, die die Verkäuferin oder der Verkäufer der anderen Vertragspartei
(= Käuferin oder Käufer) bei Abschluss eines Vertrags stellt.

2. Welchen Zweck erfüllen AGB?

- _____
- _____
- _____

3. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit die AGB Bestandteil des Vertrags werden? (§ 305 (2) BGB)

Voraussetzungen	Im Fall erfüllt?
Nr. 1:	
Nr. 2:	
Nr. 3:	

4. Welche Klauseln sind unwirksam?

Überraschklauseln (§ 305c BGB)	Klauseln mit Wertungsmöglichkeit (§ 308 BGB)
Diese Klauseln sind _____, weil sie so _____ sind, dass Käuferinnen und Käufer (Vertragspartner) nicht mit ihnen zu rechnen brauchen.	Diese Klauseln werden _____, wenn sich dies durch eine richterliche Wertung ergibt. <i>Beispiel: Begriffe wie z. B. „zumutbar“ müssen im Einzelfall spezifiziert werden.</i>
Klauseln ohne Wertungsmöglichkeit (§ 309 BGB)	Generalklausel (§ 307 (1) BGB)
Diese Klauseln sind immer _____ (außer unter Kaufleuten). <i>Beispiel: Eine Klausel, die die Nacherfüllung von der Zahlung des vollständigen Kaufpreises anhängig macht, ist nach § 309 Nr. 8b) dd unzulässig.</i>	Die Generalklausel besagt: Klauseln, die gegen das Gebot von Treu und Glauben verstoßen und Verbrauchende _____ benachteiligen, sind _____.
Achtung (§ 306 BGB)	
Sind einzelne Klauseln _____, bleiben der Vertrag und die übrigen Klauseln _____.	

Fallbeispiele zu den AGB – Sie beurteilen!

M 4

Aufgabe

Lesen Sie die Fälle. Beurteilen Sie die jeweilige Rechtslage. Geben Sie – falls erforderlich – den passenden Paragraphen an.

Fall 1: Das neue Kleid



Frau Sorglos hat sich beim Versandhaus „Trügerisch GmbH“ ein neues Kleid bestellt – sie möchte es zur Hochzeit ihrer Schwester tragen. Liefertermin ist der 3. April. Das Versandhaus weist während des Bestellvorgangs ausdrücklich auf seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen hin, die über einen Link abgerufen und heruntergeladen werden können. Außerdem muss zustimmt werden, dass die AGB gelesen wurden – nur dann kann der Bestellvorgang abgeschlossen werden.

Sind die AGB Bestandteil des Vertrags zwischen Frau Sorglos und dem Versandhaus „Trügerisch“ geworden? Prüfen Sie die Voraussetzungen nach § 305 (2) BGB.

Fall 2: Die E-Mail



Zwei Tage später erhält Frau Sorglos eine E-Mail des Versandhauses. Man teilt ihr darin unter Bezug auf § 5 der AGB mit, dass man ohne Angabe von Gründen vom Vertrag zurücktritt.

§ 5 Rücktritt

Der Verkäufer behält sich das Recht vor, jederzeit und ohne Angabe von Gründen vom Vertrag zurücktreten zu können.



Fall 3: Die Mahnung



Jasmin, die Tochter von Frau Sorglos, bestellt beim Versandhaus „Trügerisch GmbH“ ein Kleid für 100 Euro. Diesmal klappt alles – nach zwei Tagen wird das Kleid geliefert. Vor lauter Freude vergisst Jasmin die Rechnung. Vierzehn Tage nach Lieferung erhält sie eine Mahnung der „Trügerisch GmbH“: Sie soll 15 Euro Verzugszinsen bezahlen.

§ 6 Zahlungsbedingungen

[...] Bei Zahlungsverzug behalten wir uns vor, dem Kunden ohne Mahnverfahren pauschal 15 Prozent Verzugszinsen zu berechnen [...].



Bilder: © BlendImages/JGI/Jamie Grill, © iStock/tolgart, © iStock/tommaso79

Fernabsatzvertrag – Eine Übersicht

M 7

Unternehmen

1 Informationspflichten der Unternehmerin / des Unternehmers (§ 312d BGB, Art. 246a EGBGB)

Unternehmer/in besitzt Informationspflichten über

- _____
- _____
- _____

2 Pflichten der Unternehmerin / des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr (§ 312i BGB, § 312j BGB)

- _____
- _____
- _____

3 Fernabsatzverträge im Rahmen von normalen Versteigerungen und Internetauktionen (§ 312g BGB)

Verbraucher/in

§§ 312g, 355 BGB räumen Verbrauchenden ein Widerrufsrecht ein:

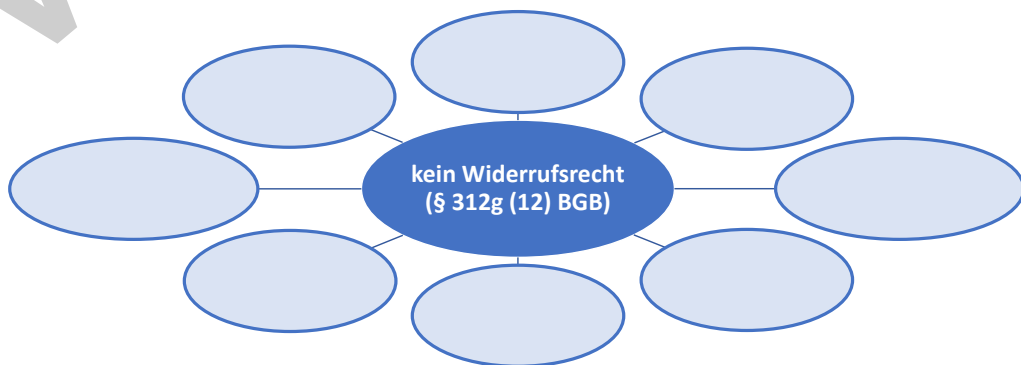
Wie lange?

Angabe von Gründen?

Recht auf?

Beginn der Widerrufsfrist ⇒ § 355 BGB

Anforderung an das Widerrufsschreiben ⇒ § 355 (1)



Begründung (Beispiel): _____

© RAABE 2022